
/// Die Bürgerliche Mitte in Europa

WOHIN STEUERT SIE?

MARKUS FERBER /// Die Europäische Volkspartei (EVP) ist traditionell eng mit dem europäischen Gedanken verflochten, ihre politischen Schwerpunkte – Sicherheit, Wohlstand und Gemeinschaft – sind Teil der europäischen DNA. In den vergangenen Jahren hat sie jedoch an den Wahlurnen an Stärke eingebüßt: Nur noch 7 von 27 EU-Mitgliedsstaaten haben eine EVP-geführte Regierung. Zeit zu rekapitulieren, wie es programmatisch um die Parteienfamilie in der EU und in den Mitgliedsstaaten bestellt ist und wie sie auf dem Fundament ihrer Kernkompetenzen wieder zu alter Stärke zurückfinden kann.

Die bürgerliche DNA der europäischen Idee

Politische Standortbestimmungen gestalten sich traditionell schwierig. Davon zeugen auch die unzähligen Streitgespräche und Debatten darüber, wo nun das „bürgerliche Lager“ oder die „politische Mitte“ genau zu verorten seien. Gerade die Volksparteien tragen zu dieser Verwirrung oftmals bei, da sie auf

einem breiten gesellschaftlichen Fundament fußen und in konservativen, aber auch christlichen und liberalen Milieus und Weltanschauungen verwurzelt sind. Daraus ergibt sich dann zwar keine programmatische Beliebigkeit, wohl aber eine Vielstimmigkeit, die eine einfache Verortung erschwert.

Mit Blick auf Europa lässt sich diese Frage jedoch leichter beantworten, denn

Quelle: iStock.com/Welmac



Das Europäische
Parlament in Brüssel –
Sitz der EVP-Fraktion.

Vielstimmigkeit erschwert die politische STANDORTBESTIMMUNG der Parteien.

die Bürgerliche Mitte und das europäische Projekt sind untrennbar miteinander verbunden. Schließlich waren es gerade Christdemokraten, die nach dem Zweiter Weltkrieg den Grundstein für die europäische Integration legten. Der Schuman-Plan von 1950, der 1952 in der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zwischen Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg und den Niederlanden mündete, bildete den ersten Meilenstein für die Schaffung einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Während die politische Linke dem Projekt skeptisch gegenüberstand, kämpften Staatsmänner aus dem bürgerlichen Lager wie Robert Schuman in Frankreich sowie Konrad Adenauer und Josef Müller, einer der Mitbegründer der CSU, in Deutschland für die Montanunion. Für sie waren Friede und Wohlstand untrennbar miteinander verbunden. Vor diesem Hintergrund darf die Montanunion nicht allein auf eine rein wirtschaftliche Gemeinschaft reduziert werden. Vielmehr sollte sie die „Bestimmung jener Gebiete ändern, die lange Zeit der Herstellung von Waffen gewidmet waren, deren sicherste Opfer sie gewesen sind“¹, sprich: Frieden im Herzen Europas schaffen und erhalten.

Erst auf dem Fundament dieses Friedensprojekts konnten wirtschaftlicher Wohlstand und Innovationskraft in Eu-

ropa gedeihen. So hat sich in den vergangenen 20 Jahren das durchschnittliche Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt der EU-27 nahezu verdoppelt, in einigen der ärmeren Mitgliedsstaaten sogar verzehnfacht. Alleine der europäische Binnenmarkt weist ein Bruttoinlandsprodukt von 15 Billionen Euro auf und hat in der EU 56 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen.²

Für die Bürgerliche Mitte ist Europa jedoch nicht nur Friedensgarant und Wohlstandsmotor, sondern auch eine Wertegemeinschaft, deren Mitglieder das Bekenntnis zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit teilen. Eine Gemeinschaft, die, ganz im Sinne der Subsidiarität, Vielfalt und regionale Identität fördert und bewahrt. Franz Josef Strauß berühmtes Idiom „Bayern ist unsere Heimat, Deutschland unser Vaterland, Europa unsere Zukunft“ verweist auf diese Balance zwischen Einheit und Vielstimmigkeit.³

Für die Bürgerliche Mitte ist EUROPA Friedensgarant, Wohlstandsmotor und Wertegemeinschaft.

Frieden, Prosperität und Zusammenhalt sind summa summarum die drei großen Versprechen, die die Bürgerliche Mitte im Rahmen der europäischen Integration ins Zentrum gerückt hat und für die die Europäische Volkspartei als Parteifamilie der Bürgerlichen Mitte in Europa noch heute steht. Diese Versprechen bedürfen jedoch auch einer

ständigen Erneuerung und sie werden durch aktuelle Entwicklungen herausgefordert.

Die Bürgerliche Mitte in einem Europa der Disruption und Krisen

So ist gerade das Thema Sicherheit nach dem 24. Februar 2022 wieder deutlich präsenter in der öffentlichen Debatte. Der russische Angriffskrieg in der Ukraine hat uns gezeigt, dass Frieden in Europa keine Selbstverständlichkeit ist und unsere Sicherheitsarchitektur einer Stärkung bedarf. Im Kontext der Krise zeigen sich darüber hinaus auch viele Menschen zunehmend besorgt gegenüber hybriden Bedrohungen. Dies spiegelt auch eine Umfrage des Branchenverband Bitkom wider, nach der 75 Prozent der Befragten im Kontext des Konflikts mit Russland Cyberattacken gegen die Bundesrepublik fürchten.⁴ Doch nicht nur das Putin-Regime in Moskau stellt eine Gefahr für unsere europäische Sicherheit dar: Wir sind auch von einem „ring of fire“⁵ aus instabilen Staaten in unserer europäischen Nachbarschaft umgeben und Herausforderungen wie transnationale Strukturen organisierter Kriminalität, Terrorismus und illegale Migration machen in unserer globalisierten Welt schon lange nicht mehr an unseren Grenzen halt.

Diese Gleichzeitigkeit an Krisen verlangt nach einer koordinierten Antwort und einer handlungsfähigen Union. Vor diesem Hintergrund setzt sich auch die Europäische Volkspartei für eine Stärkung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein und bekennt sich zum Zwei-Prozent-Ziel der NATO. Durch eine verbesserte Koordinierung zwischen den Mitgliedsstaaten soll die Rüstungsbeschaffung innerhalb der EU effizienter und kostengünstiger gestaltet

und einer Fragmentierung der Kapazitäten durch Pooling und Sharing begegnet werden. Darüber hinaus baut die EVP auch auf strategische Partnerschaften mit internationalen Organisationen und den Staaten in der europäischen Nachbarschaft, um Terrorismus zu bekämpfen, den Grenzschutz zu verbessern und illegale Migration einzudämmen. Insbesondere der Stärkung der europäischen Grenzschutzagentur Frontex kommt in diesem Kontext eine tragende Rolle zu.⁶

Auf Ebene der inneren Sicherheit hat sich die EVP darüber hinaus erfolgreich für ein stärkeres Mandat von EUROPOL eingesetzt. Als Resultat wurden die Kompetenzen der Polizeibehörde im Februar 2022 erweitert, um künftig sexuellen Kindesmissbrauch und Terrorismus noch effektiver bekämpfen zu können.⁷ Weitere Prioritäten sind die Be-

Die EVP setzt sich für eine STÄRKUNG der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein.

kämpfung der organisierten Kriminalität durch eine bessere intraeuropäische Vernetzung der Polizeibehörden und ein härteres Vorgehen gegen Geldwäsche, Korruption, dem illegalen Handel mit Waffen sowie die Finanziere terroristischer Gruppierungen. Nicht zuletzt soll die EU zudem auch im Bereich der Cybersecurity ertüchtigt werden.⁸

Für viele Menschen ist der Begriff der Sicherheit allerdings mehrdimensional-

nal und umfasst die soziale Sicherheit ebenfalls. Und gerade hier zeigen sich besorgniserregende Entwicklungen. So lag die Inflationsrate in Deutschland im September 2022 auf einem Rekordniveau von +10 Prozent. Bereits im Juni waren die Energiepreise im Vergleich zum Vorjahr um 38 Prozent gestiegen und auch bei ihren Lebensmitteleinkäufen müssen Verbraucher bei einem Anstieg um fast 13 Prozent tiefer in die Tasche greifen.⁹ Egal, ob die Arbeitnehmerin im ländlichen Raum, die sich ihre Tankrechnung kaum mehr leisten kann, oder junge Familien, deren Traum vom Eigenheim nicht mehr finanzierbar ist: Die negativen Folgen der Geldentwertung sind längst in der arbeitenden Bürgerlichen Mitte angekommen. Darüber hinaus wecken Globalisierung, Digitalisierung und Automatisierung bei vielen Menschen die Angst, in einem globalisierten wirtschaftlichen Wettbewerb nicht mehr bestehen zu können. Das Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft – sozialer Aufstieg über die Generationen durch Anstrengung und Arbeit – droht, an Bindekraft zu verlieren.

Um die aus der Covid-Pandemie resultierenden Verwerfungen sowie die digitale und ökologische Transformation zu bewältigen, setzen vor allem linke und grüne Regierungen auf dirigistische Ansätze anstatt Anreizsetzung und Innovationsförderung. Was dies im Sinne einer generations- und enkelgerechten Politik für unsere Nachkommen bedeutet, wird dabei ausgeblendet. Die Europäische Volkspartei als Vertreterin der Bürgerlichen Mitte bekennt sich daher zur fiskalpolitischen Stabilität, denn nur so können wir sowohl auf wirtschaftspolitische Schockerlebnisse in der Gegenwart wie etwa die Covid-19-Pandemie gezielt reagieren als auch der Ver-

antwortung gegenüber unseren Nachkommen gerecht werden. Ganz konkret bedeutet dies auch, dass eine Aufweichung des Stabilitätspakts, eine Vergemeinschaftung von Schulden und eine Ausweitung des Mandats der Europäischen Zentralbank abzulehnen ist.¹⁰

Eines dürfen wir zudem nicht vergessen: Auch in unserer globalisierten Welt ist Politik in erster Linie lokal und wird danach bewertet, ob sie einen Mehrwert vor Ort schafft. Von einer bürgerlichen Partei der Zukunft – das wird mir als Europaparlamentarier in Gesprächen auch immer wieder gespiegelt – wünschen sich die Bürger, dass sie Chancengleichheit fördert und Rahmenbedingungen schafft, damit unser Wirtschaftsstandort auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleibt.

EU-geförderte Projekte wie „Digitalkompetenz@Bayrisch Schwaben“ an der Hochschule Neu-Ulm, im Rahmen derer sich der Mittelstand in meinem Wahlkreis über das Potenzial disruptiver Technologien informieren kann, zeigen exemplarisch auf, wie die Politik ein innovationsfreundliches Umfeld schaffen und individuelles Unternehmertum fördern kann.¹¹ Auf der individuellen Ebene gilt dies gleichermaßen: So werden beispielsweise junge Auszubildende des bayerischen Handwerkes durch ein Stipendium des EU-Programms Erasmus+ unterstützt, wenn sie berufliche Erfahrungen im Ausland sammeln und

**Politik muss für die Menschen
einen MEHRWERT vor Ort schaffen.**

dort neue Arbeitstechniken erlernen möchten.¹²

Was diese beiden Maßnahmen eint: Sie schaffen Chancen, die direkt bei den Menschen ankommen. Dieses „Möglich-machen“ müssen wir als Volkspartei der bürgerlichen Mitte wieder stärker akzentuieren. Daran erkennen die Bürger am deutlichsten, wie wir uns von den linken Parteien unterscheiden. Denn diese wollen eben gerade nicht Rahmenbedingungen für Eigenverantwortung schaffen, sondern setzen vielmehr auf einen allmächtigen und allgegenwärtigen Staat. Und auch in einer weiteren Hinsicht kristallisiert sich an dieser Stelle die Abgrenzung zum linken Lager heraus: Die Perspektiven, die wir eröffnen, dürfen nicht auf Kosten der kommenden Generationen gehen. Stattdessen denken wir diese konsequent mit, etwa indem wir die Grundlagen für die erfolgreiche Bewältigung der digitalen Transformation schaffen.

Doch diese Ziele können wir nur erreichen, wenn unsere Gesellschaft auch nach innen stark ist. Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt stellten die Krisen der vergangenen Jahre jedoch einen Stresstest dar. So haben Populisten und Demagogen die Ängste von Wohlstandsverlust und sozialem Abstieg instrumentalisiert, um unser demokratisches Grundwasser zu vergiften. Die Corona-Pandemie hat uns einmal mehr nachdrücklich gezeigt, wie leicht im Netz Verschwörungsnarrative und Desinformation auf einen fruchtbaren Boden fallen. Vertreter unseres Staates und unserer Einsatzkräfte wurden verunglimpft und bedroht, sowohl digital wie auch von Angesicht zu Angesicht. Auf den so genannten „Spaziergängen“ entlud sich die Verachtung gegenüber unseren demokratisch gewählten Volksver-

tretern und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bisweilen aufs Schlimmste.


Die Pandemie hat unsere gesellschaftlichen Verwundbarkeiten in ihrer extremsten Form offengelegt, doch die zugrundeliegenden Problemlagen sind nicht neu. In einer „Gesellschaft der Singularitäten“¹³ stellen wir uns immer öfter die Frage, was unsere Gemeinschaft noch im Innersten zusammenhält und welche Werte wir teilen. Gerade im ländlichen Raum in Bayern stellen Vereine und Brauchtumpflege noch ein Bindeglied zwischen den verschiedenen sozialen Milieus dar, doch auch hier sehen wir mancherorts, wie es schwerer wird, für das ehrenamtliche Engagement Freiwillige zu finden.

Insbesondere für die bürgerliche Mitte stellen diese Entwicklungen eine Herausforderung dar, schließlich ist die Zivilgesellschaft und der vorpolitische Raum immer auch ihr Gravitationszentrum gewesen. Umso wichtiger ist es, in dieser heterogener werdenden Gesellschaft all denen eine starke Stimme zu geben, die ihre Werte teilen. In den vergangenen Jahrzehnten ist unser Land vielfältiger geworden. Vor diesem Hintergrund müssen wir daher stärkere Anstrengungen unternehmen, Menschen mit Migrationshintergrund zu überzeugen, dass auch sie in der bürgerlichen Mitte eine politische Heimat finden können.

Erfolgsmodelle für die Bürgerliche Mitte?

Auch wenn die Europäische Volkspartei auf einem gemeinsamen Werte- und Weltanschauungsfundament baut, fußt der europäische Grundgedanke gleichzeitig auf der Akzeptanz von Vielstimmigkeit und Pluralismus. Dies reflek-

tiert auch die Zusammensetzung der Parteienfamilie, die 81 Parteien und Partner in 43 Ländern umfasst.¹⁴ Sie decken zusammen ein breites Spektrum ab, das von christdemokratischen Parteien, wie wir sie vor allem noch in den Benelux-Ländern finden, über dezidiert liberale Parteien, bis hin zu (national-)konservativ geprägten Vertretern der Parteienfamilie in Mittel- und Osteuropa reicht. Nicht zuletzt gibt es aber auch traditionelle Volksparteien wie die Österreichische Volkspartei oder die CSU, die sich weltanschaulich aus allen drei Wurzeln – der christlichen, liberalen und konservativen – gleichermaßen speisen.



Die EUROPÄISCHE Parteienfamilie spiegelt Vielstimmigkeit und Pluralismus wider.

Bei aller weltanschaulichen Grundverortung orientiert sich die Bürgerliche Mitte immer auch an den Bedürfnissen der Menschen und diese fallen naturgemäß von Ort zu Ort unterschiedlich aus. So bietet das Thema Migration mehr Mobilisierungspotenzial in Athen als in Amsterdam oder Aarhus, um an dieser Stelle nur ein Beispiel zu nennen. Diese unterschiedlichen Gemengelagen sorgen dafür, dass auch die inhaltlichen Akzentuierungen und Prioritäten der EVP-Parteien in den Mitgliedsstaaten Unterschiede aufweisen.

Wirft man einen Blick auf den Erfolg der Parteien an der Wahlurne, ergibt

sich ein ambivalentes Bild. Aktuell regiert die EVP in zehn Staaten, davon sind mit Griechenland, Kroatien, Lettland, Litauen, Österreich, Rumänien und Zypern sieben Teil der Europäischen Union. Im EU-Parlament ist die EVP-Fraktion zwar immer noch die stärkste Kraft, musste bei den vergangenen Wahlen aber auch Stimmverluste hinnehmen.¹⁵

In diesem Zusammenhang ist es auch instruktiv, einen genaueren Blick auf die Wahlverlierer in der EVP zu richten, deren Niedergang sich aus einem Zusammenspiel singulärer und struktureller Faktoren erklärt. Die Erosion traditioneller kirchengebundener Milieus mit langfristiger Parteibindung stellt für die Bürgerliche Mitte generell eine große Herausforderung dar. Besonders prägnant illustriert das Beispiel der Christdemokratie in den Benelux-Staaten diese Dynamik: Waren die dortigen Gesellschaften historisch von einer starken konfessionellen Versäulung geprägt, büßte diese Konfliktlinie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sukzessive an Bedeutung ein. Im Zuge der Säkularisierung verloren Themen wie Abtreibung, Sterbehilfe und die gleichgeschlechtliche Ehe, die früher unten den konservativen Wählern eine hohe Mobilisierungskraft besessen hatten, zudem an gesamtgesellschaftlicher Relevanz. Der Aufstieg einer populistischen Konkurrenz von rechts erschwerte die Situation zusätzlich.¹⁶

Doch auch singuläre Faktoren trugen zum Niedergang bei. Die einst so stolze *Democratia Cristiana*, die dominierende politische Kraft Italiens nach dem Zweiten Weltkrieg, stolperte etwa am Ende in den 1990er-Jahren über sich selbst, als im Rahmen des Tangentopoli-Skandals korrupte Verstrickungen ih-

rer Mandatsträger aufgedeckt wurden.¹⁷ Neueren Datums ist der Bedeutungsverlust der Les Républicains in Frankreich, deren Kandidatin Valérie Pécresse bei den jüngsten Präsidentschaftswahlen nur noch als Fünftplatzierte abschnitt. Einzelne Skandale hatten das Bild der Partei in der Öffentlichkeit schon vorher eingetrübt, doch als fatal erwiesen sich Abwanderungsprozesse der ehemals konservativen Stammwählerschaft. Von jenen profitierte sowohl Macron, der vor allem bei der liberalen und wohlhabenderen bürgerlichen Mitte auf Resonanz stieß, wie auch Marine le Pen, die erfolgreich um die Stimmen konservativer Wähler mit wirtschaftlichen Abstiegsängsten warb. Diese weltanschauliche Zersplitterung des Elektorats spiegeln auch Flügelkämpfe innerhalb der Partei wider und verhindern, dass sie zur Ruhe kommt und auf der Grundlage ihrer immer noch starken kommunalen Verwurzelung einen Neuanfang wagen kann.¹⁸

Ein Zusammenspiel singulärer und struktureller Faktoren bewirkte WAHLVERLUSTE in der EVP-Familie.

Gleichzeitig existieren aber auch EVP-Parteien wie die griechische ND und die kroatische HDZ, die sich in den vergangenen Jahren als besonders erfolgreich erwiesen haben. Ihnen ist es gelungen, ein breites Spektrum an gesellschaftlichen Milieus zu integrieren. Beide weisen sowohl einen ländlich-konservativen wie auch urban-kosmo-

politischen Flügel auf. Die Parteiführung hat allen Strömungen Raum gegeben und dadurch Konflikte zwischen ihnen begrenzt. Vor diesem Hintergrund konnte sich die Heterogenität innerhalb der Partei von einem Malus hin zu einem Wettbewerbsvorteil entwickeln, mit den Themen innere Sicherheit, Prosperität und Migrationsmanagement als verbindende Brücke zwischen den Flügeln und Wählerschichten.¹⁹

Fazit

Der Kompass der Europäischen Volkspartei, der sich entlang der Pole Sicherheit, Prosperität und Gemeinschaft ausrichtet, weist in die richtige Richtung. Aber: Um die Herausforderungen einer globalisierten Welt und disruptiver Transformationen bewältigen zu können, braucht es neben dem Festhalten an Bewährtem auch den Mut zur Veränderung und näher am Menschen zu sein. Das heißt eben auch gesellschaftliche Veränderungen aufzugreifen und zu integrieren. Daher muss die Volkspartei der Zukunft Raum für alle bieten, die unser Wertefundament teilen.

Erfolgreiche EVP-Parteien innerhalb der EU zeigen uns zudem, dass die klassische Volkspartei mit einer breiten Verwurzelung in Stadt und Land, wie wir sie in Bayern mit der CSU kennen, keinesfalls ein Auslaufmodell ist. Parteien der bürgerlichen Mitte, die gleichermaßen für Traditionsbewusstheit und Weltoffenheit stehen und in einer globalisierten und immer komplexer werdenden Welt Orientierung bieten und Identität stärken, haben nicht nur eine stolze Geschichte, sondern auch eine erfolgreiche Zukunft vor sich. ///



Quelle: Sebastian Buff/HSS

/// MARKUS FERBER, MDEP ist Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung, e. V., München.

Anmerkungen

- ¹ Europäische Union: Schuman-Erklärung von Mai 1950, https://european-union.europa.eu/principles-countries-history/history-eu/1945-59/schuman-declaration-may-1950_de#:~:text=%E2%80%9E%20Friede%20der%20Welt%20kann,nicht%20durch%20eine%20einfache%20Zusammenfassung,Stand:1.7.2022.
- ² CDU/CSU-Gruppe der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament: Der europäische Binnenmarkt: Grundlage unseres Wohlstands in Deutschland und Europa, <https://www.cducusu.eu/artikel/der-europaeische-binnenmarkt-grundlage-unseres-wohlstands-deutschland-und-europa,Stand:1.7.2022.>
- ³ Schmid, Sarah: Europapolitische Visionen der CSU, <https://www.hss.de/news/detail/bayern-ist-unsere-heimat-deutschland-unser-vaterland-europa-unsere-zukunft-news7601,Stand:1.7.2022.>
- ⁴ Artz, Sebastian: Dreiviertel der Deutschen haben Angst vor einem Cyberkrieg, <https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Drei-Viertel-haben-Angst-vor-Cyberkrieg,Stand:30.6.2022.>
- ⁵ Charlemagne: Europe's Ring of Fire, in: *The Economist*, 20.9.2014, online abrufbar unter Europe's ring of fire | *The Economist*.
- ⁶ EPP: Security and Defence. Emergency Resolution adopted at the EPP Congress, St. Julian's (Malta), 29-30 March 2017, online abrufbar unter EPP - European People's Party - Security and Defence.
- ⁷ EPP: Deal on new tasks for Europol to better fight crime, online abrufbar unter Deal on new tasks for Europol to better fight crime (eppgroup.eu).
- ⁸ EPP: A Secure Europe. Policy Paper 1, adopted at the EPP Congress, Helsinki (Finland), 7-8 November 2018, Policy-Paper-1_Helsinki.pdf (epp.eu), Stand: 7.7.2022.
- ⁹ https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/06/PD22_272_611.html,Stand:30.6.2022.
- ¹⁰ EPP: EPP Manifesto 2019, online abrufbar unter EPP - European People's Party - EPP Manifesto 2019, Stand: 7.7.2022.
- ¹¹ Hochschule Neu-Ulm: Digitalkompetenz für Bayerisch-Schwaben: HNU erhält 312.000 Euro aus ESF-Fördermitteln, online abrufbar unter Digital-

kompetenzen für Bayerisch-Schwaben: HNU erhält 312.000 Euro aus ESF-Fördermitteln - Hochschule Neu-Ulm, Stand: 5.7.2022.

- ¹² Deutsche Handwerkszeitung: Europa ruft dich! Handwerkskammer für Schwaben unterstützt Betriebe und Azubis bei Auslandsaufenthalten, 10_2015_Schwaben_Kammer_1_17.pdf, Stand: 5.7.2022.
- ¹³ Reckwitz, Andreas: *Die Gesellschaft der Singularitäten*, Berlin 2017.
- ¹⁴ EPP: Parties and Partners, online abrufbar unter EPP - European People's Party - Parties & Partners, Stand: 5.7.2022.
- ¹⁵ Ebd., Stand: 7.7.2022.
- ¹⁶ Lucardie, Paul: Der CDA in den Niederlanden, in: Grabow, Karsten (Hrsg.): *Christlich-Demokratische Parteien in Westeuropa. Stand und Perspektiven*, 2012, S. 77-83, https://www.kas.de/documents/252038/253252/7_dokument_dok_pdf_30806_1.pdf/0bb0ef2a-d5f4-1be4-2fbc-8aab66194efc?version=1.0&t=1539657294449,Stand:26.7.2022.
- ¹⁷ Köppl, Stefan: *Das politische System Italiens*, Wiesbaden 2007, S. 48-69, 232-236.
- ¹⁸ Pantel, Nadia: Seit Chirac nur noch bergab, in: *Süddeutsche Zeitung*, 4.6.2022, <https://www.sueddeutsche.de/politik/frankreich-praesidentenwahl-1.5311749,Stand:26.7.2022.>
- ¹⁹ Grabow, Karsten: Im Sinkflug? Stand und Perspektiven christlich-demokratischer Parteien in Europa, 2019, S. 15-17, 4c9bc013-7eae-690e-4ca1-69b3d8d2e56d (kas.de), Stand: 5.7.2022.